

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Sonnmans Sonntagsgläub“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Kantoren 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Bestellscheinigung Streif uhr enthält jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepalte Petizseite oder deren Raum 15 Pfg., die 5gepalte Reklamenseite 40 Pfg., Auskunftsgebühren 50 Pfg. — Die Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbeabgabe unendlich geschildert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10.— M. Das Laubend, zuzüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 76

Sonnabend, den 1. Juli 1933

35. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung

am Freitag, dem 30. Juni, 21 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung.
2. Übernahme eines Kassenanteils zur Pfändung der Landstraße Kemberg-Berowitz durch den Kreis

109] **Der Stadtverordnetenvorsteher, Samann.**
Sitzungsberichte haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlagenkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlagenkarten sind ungültig. Kemberg, den 29. Juni 1933.

Anmeldung zur Giftbeschaffung für die Rattenvertilgung.

Grundstückbesitzer mit Ratten befallener Gehöfte wollen sich bis Mittwoch, den 5. Juli 1933, zwecks gemeinsamer Giftbeschaffung auf dem Polizeibüro melden. Die Abgabe erfolgt zu den Selbstkosten; das Auslegen durch die Besitzer selbst nach vorheriger Unterweisung. Kemberg, den 30. Juni 1933.

100] **Der Magistrat**

Waldbrandgefahr.

Zum Schutze unserer Wälder wird darauf hingewiesen, daß das Rauchen, Fortwerfen, unvorsichtige Handhaben oder Fallenlassen von brennbaren Gegenständen innerhalb der Wälder verboten und mit schweren Strafen bedroht ist. Kemberg, den 30. Juni 1933.

101] **Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.**

Darlehen zur Arbeitsbeschaffung.

Die hiesigen Körperchaften haben beschlossen, an Kemberger Bürger aus hiesigen Mitteln kurzfristige Darlehen in Höhe von 30.— bis 400.— RM zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung (Sanftausbesserung von Altmwohnungen, Dach-, Schönheitsreparaturen, Erlasbauern von Wirtschaftsgebäuden usw.) auszugeben.

Bedingung ist: Angemessene Sicherheit, Beschäftigung von nur ortsanfässigen Handwerkern (keine Schwarzarbeiter).

An Zinsen werden 3% berechnet, die Rückzahlung der Darlehen hat in Raten bis spätestens 1. April 1935 zu erfolgen.

Anträge auf Bewilligung von Darlehen sind bis Sonnabend, den 8. Juli 1933, einzureichen. Kemberg, den 30. Juni 1933.

102] **Der Magistrat.**

Ein Aufruf Adolf Hitlers

NSDAP und Stahlhelm

Reichsstatler Adolf Hitler hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Nationalsozialistisches SA- und SS-Männer, Jungstahlhelm!“

Ein seit vierzehn Jahren unentwegt verfolgtes Ziel ist nunmehr erreicht. Mit der Unterstellung des Jungstahlhelms unter meinen Befehl als obersten SA-Führer sowie der Eingliederung des Bundes „Scharnhorst“ in die Hitlerjugend, ist die Einigung der politischen Kampfbewegung der deutschen Nation vollzogen und beendet. SA, SS, SJ, und SJ werden nunmehr für alle Zukunft die einzigen Organisationen sein, die der nationalsozialistische Staat als Träger der politischen Jugend- und Männererziehung kennt.

Es war verständlich, wenn in den Jahren nach der Revolution an den verdienstlichen Stellen unseres deutschen Vaterlandes der Widerstand gegen die Novemberverträge und ihr unheilvolles Regiment verlor.

Unabhängig voneinander, ohne sich gegenseitig überhaupt zu kennen, fanden Männer auf und organisierten Parteien und Verbände zum Kampfe gegen den marxistischen Staat.

Sie alle haben ohne Zweifel das Beste gewollt. Allein, wenn Deutschland gerettet werden sollte, dann konnte das nur durch eine Bewegung geschehen, und nicht durch 30. Die Zukunft unseres Volkes hängt nicht davon ab, wie viele Verbände für die Zukunft eintreten, sondern davon, ob es gelingt, das Wollen der Vielen einem einzigen Willen unterzuordnen und damit in einer Bewegung schlüssig zusammenzuführen.

Zahlreiche beste Deutsche haben diese Aufgabe nicht verstanden und viele andere wollten sie nicht begreifen. Heute ist der Sinn, und damit die Notwendigkeit dieses unpopulären Kampfes für jeden klar, der unser Volk liebt und an seine Zukunft glaubt.

So mußten wir in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Verbände einfach aus diesen Erwägungen heraus zerlegen. Und so werden wir auch das Entstehen jedes neuen Verbandes, der wieder nur die alte Zerplitterung fortsetzen würde, verhindern. Die Unabhängigkeit dieses Entschlusses liegt uns aber die Pflicht auf, gesetzt zu sein. Wir wollen daher als Deutsche und Nationalsozialisten ehrlich den Unterschied erkennen, der zwischen anderen Verbänden und dem Stahlhelm bestand. Wir wollen zugeben, daß sich in diesem als dem Bunde der deutschen Frontsoldaten Hunderttausende deutscher Männer zusammenfanden, die damit dem System entzogen wurden. In der Stunde der Wende des deutschen Schicksals aber bekannte sich der erste Bundesführer zur nationalsozialistischen Revolution. Man hat daher auch die letzte Konsequenz aus der geschichtlichen Entscheidung gezogen und verfügt, daß, abgesehen vom jungen Stahlhelm in die SA, der Scharnhorstbund in die Hitlerjugend eingegliedert und mit unterstellt werden.

Meine SA-Führer und Kameraden!

Dieser Entschluß wird einst in der deutschen Geschichte als sehr lehrreicher Beweis für ein wirklich großherziges nationales Denken gerettet werden. Was sonst vielleicht nach jahrelangen Irrungen oder langen Kämpfen, die wiederum durch die Kraft verbräutet hätten, gelungen wäre, ist durch die einschneidende Tat eines Mannes, der seit dem 30. Januar in treuer Verbundenheit neben mir im Kabinett sitzt, entchieden worden.

Der weitere Befehl, daß der vererbte Traditionsverband der alten Frontkämpfer künftig keine andere Parteizugehörigkeit anerkennen würde als die zur nationalsozialistischen Bewegung, gibt mir endlich die Möglichkeit, das Verbot der Mitgliedschaft anzuheben.

Der Führer da rakt dann in dem Aufruf seinen alten Kameraden der Partei, der SA und SS, für die großen Taten, die sie ihm in guten und schlimmen Tagen, so viele Jahre hindurch gehalten haben. Ihrer Standhaftigkeit sei diese große Entwicklung mit in erster Linie zuzuschreiben. Ferner dankt Hitler nunmehr auch denen, die aus freiem Willen den Führer nicht letzten Entschlusses des Reiches auf ihre hohe Selbstdignität im Interesse der höheren Gemeinwohl ausgetreten sind. Er beehrt sich damit zum erstenmal die in den Reihen der SA mitmachenden Kameraden des Jungstahlhelms und beifolgt fählichen Führern, SA- und SS-Männern, die in die Gemeinschaft eingetretenen Männer des Stahlhelms als Kameraden aufzunehmen und damit einzuschließen in den ewigen Bund, der uns umfasse und niemals gebrochen werden sollte.

Er erwartet, so schließt der Führer, von jedem Nationalsozialisten, daß er die Größe dieser historischen Entlohnung erkenne und durch sein eigenes Verhalten mithelfe, die Neuhingekommenen in kürzester Frist aus innigste mit der nationalsozialistischen Bewegung zu verschmelzen.

Spendet Arbeit!

Staatssekretär Reinhardt im Rundfunk

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, hat durch Rundfunk an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen den folgenden Aufruf gerichtet:

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution ruft alle Volksgenossen und Volksgenossinnen auf, freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu leisten. Die Spende kann in bar, durch Zahlkarte, Postüberweisung oder Banküberweisung geleistet werden. Für die Entgegennahme der Spende ist das Finanzamt zuständig. Der Spender muß also den Spendenbetrag bei der Kasse des Finanzamtes einzahlen oder durch Zahlkarte, Postüberweisung oder Banküberweisung auf das Postkontokonto des Finanzamtes überweisen.

Arbeiter und Angestellte können ihren Arbeitgeber bitten, bei der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und für sie als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen.

Die nächste Gehaltszahlung fällt bei den meisten Angestellten und Beamten auf den heutigen 30. Juni. Es sollte jene Angestellte und sein Beamter unterlassen, morgen vormittag sofort zu veranlassen, daß von ihrem Gehalt ein bestimmter Betrag als freiwillige Spende einbehalten und für ihn an das Finanzamt abgeführt wird. Wo die Berücksichtigung dieses Wunsches aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein sollte, ist es Sache der Angestellten oder Beamten, den Spendenbetrag durch Zahlkarte, Postüberweisung oder Banküberweisung noch am 30. Juni dem Konto des Finanzamtes zuzuleiten.

Es sollte auch jene Arbeiter, der heute oder morgen ihren Arbeitgeber zu bitten, von der Lohnzahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit für ihn an das Finanzamt weiterzuleiten.

Alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, die nicht in

einem Arbeitsverhältnis stehen, sondern Unternehmer, Angehörige eines freien Berufes oder Rentner sind, überlegen, inwieweit es noch nicht gegangen ist, einen Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit morgen oder übermorgen auf das Konto des Finanzamtes.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution erwartet, daß alle Deutschen Männer und Frauen den Begriff der Volksgemeinschaft erfassen. Wer sich zur Deutschen Volksgemeinschaft bekennt, der muß bereit sein, von seinem Einkommen freiwillig einen Betrag zur Förderung der nationalen Arbeit zu spenden. Die Spende wird verwendet zur Befähigung von Arbeit für solche Volksgenossen, die bereits seit Jahren ohne Arbeit und ohne Einkommen sind. Ein Mindestbetrag ist nicht vorgeschrieben. Auch der kleinste Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, bildet einen Teil der Hilfe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit des sozialen Elends.

Volksgenossen und Volksgenossinnen, spendet, spendet alle, spendet sofort!

Das Ergebnis von Neudeck

Hugenberges Kandidatenspruch genehmigt. — Generaldirektor Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister ernannt. Neudeck, 30. Juni.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichstages, des Reichsministers für Ernährung und Wirtschaft Dr. Hugenberg die erbetene Entlassung aus seinem Amte erteilt und den Generaldirektor der Allianz-Versicherungs-A.G. Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister und das Mitglied des Reichstags Dr. Walter Darré zum Reichsernährungsminister ernannt.

Der Herr Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, einwilligen in den Ruhestand versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium das Mitglied des Reichstages Diplomingenieur Gottfried Feder ernannt.

Reichsstatler Adolf Hitler wurde bei seiner Ankunft in Neudeck von dem Herrn Reichspräsidenten vor dem Portale des Hauses Neudeck herzlich begrüßt. Anschließend folgte eine etwa zweistündige Besprechung des Reichspräsidenten und des Reichsstatlers über die gesamte politische Lage. Der Reichsstatler bleibt als Gast des Reichspräsidenten in Neudeck.

Gleichzeitig preussische Minister

Zu der Ernennung der neuen Reichsminister verlaute noch von amtierender preussischer Ministerpräsidenten, Reichsstatler Dr. Walter Darré auch zum preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt auch zum preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit ernannt werden wird.

Es verlaute noch weiter, daß der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohrs-Demmin, vorläufig im Amte bleiben wird.

Mitarbeit der Presse

Kanzlerrede vor den Zeitungsvertretern.

Berlin, 29. Juni.

Die erste Sitzung des neu gewählten Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsvertreger erhielt besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Reichsstatlers.

Reichsstatler Hitler führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß wir uns mitten im Stadium der Bereinigung der Verhältnisse befinden, die den früheren Zustand der Bewirtschaftung und Verirrung geschaffen haben. Da er glaube, daß auf die Dauer die Presse nicht existieren könne, wenn nicht ganz klar eine Entscheidung über die Richtung herortrete, die nun endgültig als Sieger in Deutschland anzusehen sei und die deutsche Zukunft bestimmen werde, begrüße er es, daß die deutsche Presse sich auf den Boden der Tatsachen abgefunden habe und gewillt sei, auf diesen Boden zu treten.

Je schneller dieser Liebergangszustand beilegt werde, um so schneller und sicherer werde die deutsche Wirtschaft und damit das notleidende Zeitungsgewerbe wieder in Ordnung kommen.

Es sei nicht beabsichtigt etwa nur Staatsverleumdungen in Deutschland herauszubringen, was ferner wirtschaftlichen Zustellungen unterbreiten werde, aber man müsse selbstverständlich jedem einzelnen die Pflicht auferlegen, daß er im Sinne der großen weltanschaulichen Linie mitarbeite.

Es sei selbstverständlich, daß auf die Dauer gehen, die Zeitungen als wirtschaftliche Unternehmen genau so eine gesunde wirtschaftliche Grundlage brauchen wie jedes andere Unternehmen auch, daß aber eine gesunde Wirtschaft nur dann entstehen könne, wenn endlich die politischen Streitigkeiten entschieden seien. Die Würfel seien nun gefallen, und es dürften den Zeitungsvertretern, daß sie selbst bereit seien, diese Entscheidung anzuerkennen. Sie müßten sich das ganze Deutschland hinter diese Entscheidung stellen, um so schneller werde das

feite Fundament geschaffen, auf dem man die Wirtschaft wieder aufrichten könne.

Der Ranzler richtete zum Schluss den Appell an die Zeitungsbetriebe, sich hundertprozentig hinter die in Deutschland gefundene Lösung zu stellen, die für Deutschlands Zukunft die zugrundeliegende und nicht mehr zu ändern sei, da das Schicksal die Entscheidung schon getroffen habe. Es werde im Laufe der Zeit, wie immer im Wirtschaftsleben auch im Zeitungswesen das eine oder andere zugrunde gehen, aber insgesamt doch ein gewisser Stand deutscher Verleger übrigbleiben, der dann gesund sein werde und auch in die Zukunft hineinzuwirken vermöge.

Er lege Wert darauf, daß die private Initiative unbedingt erhalten bleiben als Voraussetzung für die Entwicklung der großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in Deutschland an sich gegeben seien. Aus dieser eigenen Einstellung könne man ersehen, daß unter Kampf nicht gegen den Unternehmer als verantwortlichen Träger des Unternehmens gerichtet sei, sondern nur gegen eine Presse, die ihre Aufgabe der Nation gegenüber nicht erkannt habe und sie nicht erfüllen wollte; nur dagegen!

Die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet seien bisher nicht vergeblich gewesen. 1,7 Millionen Menschen seien bisher wieder in die Betriebe zurückgeführt, davon mindestens 700 000 über die normale sommerliche Aufwärtsentwicklung hinaus. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit beginne erst jetzt und werde mit immer größerer Energie geführt. Er sei überzeugt, daß dieses Problem absolut gemeistert und gelöst werde. Zuvor müsse allerdings das politische Problem endgültig gelöst werden, was jetzt zur Diskussion stehe: Überwindung des Parteienstaates der Weimarerzeit.

Am übrigen glaube er, daß die Probleme, die Deutschland zur Zeit beschäftigen, allen anderen Regierungen der Welt auch gestellt seien, die diese Probleme letzten Endes auch nur dann lösen würden, wenn ihnen dieselbe Autorität zur Verfügung stehe, die wir zur Zeit in Deutschland uns zu diesem bemühen. Er persönlich liege der Überzeugung, daß dieses von dem, was die übrige Welt heute an uns kritisiere, schon in wenigen Jahren von ihr übernommen werden würde.

Zür Parteien kein Platz mehr

Entscheidung Stellungnahme des Reichsministers Dr. Goebbels gegen das Zentrum.

Stuttgart, 29. Juni.

Im Halbmond-Saal des württembergischen Landtages empfing Reichsminister Dr. Goebbels im Beisein des Reichsstatthalters und der gesamten württembergischen Regierung die Amtswalter der NSDAP und die württembergische Presse, Verleger und Redakteure.

Mit großer Schärfe wandte sich Minister Goebbels gegen das Zentrum. Wenn das Zentrum gut beraten sei, mache es seinen Leuten selbst zu. Jedenfalls werde die nationalsozialistische Staatsführung den Experimenten des Zentrums nicht mehr lange mit verträglichem Arnen zu sehen. „Ander Standpunkt ist: Wir haben neben uns keine Partei. Kraft unserer Stärke vernichten wir die anderen Parteien. Wenn sie sich nicht selbst auflösen, lösen wir sie auf. Der Weg zum totalen Staat ist beschritten und wird zu Ende gegangen werden. Im Ende steht der deutsche Einheitsstaat von nationalsozialistischem Gepräge. Wir wollen niemanden terrorisieren, fordern alle heranziehen, hundertprozentig nehmen wir aber die Jugend des Jahresages der Unterzeichnung des Schmachdiktats von Versailles. Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur z. D. Dr. Schneer, erinnerte an die früheren Kundgebungen und die Mahnungen zur Einigkeit und fuhr dann fort:

Auflösung der Staatspartei

Die Reichsführung der Deutschen Staatspartei erläßt folgende Erklärung: Die Deutsche Staatspartei wird hiermit aufgelöst.

Gegen das Schmachdiktat

Kundgebung der Deutschen Verbände.

Berlin, 29. Juni.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände veranstaltete in dem mit der Hakenkreuzfahne und der schwarz-weißen Fahne festlich ausgeschmückten Sitzungssaal des Reichstages der Unterzeichnung des Schmachdiktats von Versailles. Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur z. D. Dr. Schneer, erinnerte an die früheren Kundgebungen und die Mahnungen zur Einigkeit und fuhr dann fort:

Alfred Rosenberg rechnet ab

Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, betonte, geschichtliche Bedeutung muß die Entschlossenheit sein, daß die Entente-Staaten ihren eigenen Vorriedensvertrag, auf Grund dessen Deutschland die Waffen niederlegte, gebrochen haben und daß folglich der spätere Versailles Vertrag moralisch unhaltbar und auch unrechtmäßig zustande gekommen ist.

Insbesondere hätte die Entente sich selbst zur Abklärung verpflichtet. Während die deutsche Nation Hunderte von Forderungen immer wieder erfüllt habe, weigerte sich die Gegenente noch immer, dieser klaren Verpflichtung nachzukommen.

Wenn dabei Frankreich keine Sicherheitsfragen verachte, so hätte Deutschland in keinemmal mehr Recht seine eigene Sicherheitsforderung. Die Tatsache der Überlieferung Berlins und Thüringens durch fremde Flieger zeige erhellend die Hilflosigkeit Deutschlands auch in der Luftverteidigung, und die deutsche Nation müsse eine unbedingte Gleichberechtigung wenigstens in der Fliegerabwehr fordern. Wir befehlen, so führte Redner weiter aus, jedem das Recht, uns den Vorwurf der Diskriminierung der Juden zu machen, solange eine Entwürdigung

des großen deutschen Volkes durch den Versailles Unriedensvertrag gescheit oder gar verweigert wird.

Durch Inflation und Tribute hatte Deutschland nahezu sieben Millionen Arbeitslose. Die Regierung hätte mehr geeignete Anstellungen, um dieses Elend zu beseitigen und die langen Wachen zu retten.

Um Stände und Klassenkampf zu überwinden und die Ehre des Arbeitertums herzustellen, ist die Arbeitsdienstpflicht beschlossen worden. Und nun findet sich in Genf ein logenartiger Effektiv-Ausschuß, der uns diese Pflicht zur Arbeit als militärische Befähigung verbieten möchte!

In Versailles habe man Deutschland für immer knechten, sozial spalten und durch Separatismus zerstückeln wollen. Andere Völker wären daran gestorben, das deutsche Volk aber begünne heute die größte Stunde seiner seelischen Wiedergeburt zu erleben.

Unter Führer, so sagt Redner dann fort, ist nicht nur Kaiser sondern die Bevölkerung einer Nation zu befehlen. Der Nationalsozialismus ist keine Parteidiktatur sondern eine neue Staatsordnung überhaupt und symbolisiert die heraufkommende Weltanschauung des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Revolution ist eine Revolution des sozialen Friedens und der Volkserneuerung, ihr schärfster Wunsch ist, auch nach außen hin einen echten Frieden zu erhalten. Der Deutschland aufgezogene Unfrieden aber bedroht auch den Frieden der anderen Nationen, und erst ein wirklich berechtigtes Deutschland wird die Vorstufe bilden können für einen wirklichen Frieden der Welt.

Das Freundschaftsabkommen

Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit:

Im vollem Einvernehmen mit dem Reichskanzler und in Erkenntnis der Tatsache, daß der Versailles überwinden ist, hat die Deutschnationale Front heute ihre Auflösung beschlossen. Sie wird bei den nötigen Maßnahmen zur Abwicklung nicht behindert werden.

Die ehemaligen Angehörigen der Deutschnationalen Front werden vom Reichskanzler als voll- und gleichberechtigte Mitarbeiter des nationalen Deutschlands anerkannt und vor jeder Kränkung und Zurücksetzung geschützt. Das gilt insbesondere für alle Beamten und Angestellten.

Die wegen politischer Vergehen in Haft befindlichen ehemaligen Mitglieder der Deutschnationalen Front werden unverzüglich in Freiheit gesetzt und unterliegen keinerlei nachträgliche Verfolgung.

Die Fraktion des Reichstages und der Landtage der NSDAP und der bisherigen Deutschnationalen Front führen eine einheitliche Handlungsweise durch Abordnung von einem oder mehreren Mitgliedern der ehemaligen Deutschnationalen Front in die Vorstände der Fraktionen der NSDAP (Reichstag und Preussischer Landtag je 2), Sinngemäß wird in den gemeindlichen Selbstverwaltungsorganen verfahren.

Barthelemy ist vom Herrn Reichskanzler unterzeichnet sowie von Herrn von Winterfeldt Freiherrn von Freytag-Loringhoven und Dr. Roosen als Vertreter der nationalsozialistischen Front.

Hilfsmassnahmen für Siedler

Gewährung von zwei Freijahren.

Berlin, 30. Juni.

Der fortgesetzte Niedergang der Preise und die allgemeine Not der Landwirtschaft haben mit am härtesten die landwirtschaftlichen Siedler mitten im Beginn des Aufstieges ihrer neuen Stellen betroffen. Wiederholte Ermahnungen der Rentenleistungen konnten angesichts der Fortdauer der Not keine hinreichende Hilfe bringen. Dies hat die Reichsregierung zu einer umfassenden Hilfsmassnahme veranlaßt. Bei den Besprechungen hierüber mit der Agrarorganisation der NSDAP hat sich diese insbesondere für die Gewährung von zwei Freijahren eingesetzt. Diese Vorkontingente wurde Rechnung getragen.

Allen Siedlern, bei deren Ansetzung Reich oder Länder mitwirken, werden vom 1. Juli 1933 ab zwei Freijahre gewährt. Die bis zum 30. Juni 1933 einschließliche aufgelaufenen Rückstände werden gestundet und diesen in Teilzahlungen während der beiden Freijahre abgedeckt werden. Zweifelsfragen über den Kreis der hierunter betroffenen Siedler sind durch weitestgehende Ausdehnung der Maßnahme beseitigt. Für Vorauszahlungen vor dem vorerwähnten Fallungszeit erhalten dabei die Siedler besondere Vergünstigungen. Die Maßnahme ist von den Siedlungsbehörden, bei Fälligkeitsschuldungen bis hin zu den Finanzämtern durchzuführen. Es muß erwartet werden, daß die Siedler ihre Verpflichtungen nennwertig rechtzeitig erfüllen, besonders nachdem sich die Agrarorganisation der NSDAP für die Gesamtregelung ausgesprochen hat.

Die Krise der WBR

Devisenverhandlung hinter verschlossenen Türen.

London, 30. Juni.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz war die starke Devisenfluktuation, die gegenwärtig zu verzeichnen ist, Gegenstand einer mehrstündigen sehr lebhaften Beratung, die hinter verschlossenen Türen stattfand. Die britische Delegation, die eine vermittelnde Stellung einnimmt, verfolgt das Ziel, die Formulierung eines Planes herbeizuführen, der auf ein Übereinkommen zwischen den Goldwährungsändern und solchen Ländern hinausläuft, die die Goldwahrung aufgeben haben, und bereits eine Inflationspolitik betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

In Konferenzkreisen ist man der Ansicht, daß man jetzt mit dem „kritischen Moment“ der Konferenz zu tun hat, und daß man die schwereren Fragen zu gewärtigen hat, falls die Lösung des Währungsproblems aus neue aufgehoben würde.

Die Länder mit Goldwahrung befinden sich bei der britischen Delegation darauf, daß sie eine Währungspolitik betreiben, die mit der der Goldwährungsänder verknüpft sei, was aber eine Isolierung der Vereinigten Staaten bedeuten würde.

Eine neue Vertagung der Lösung des Währungsproblems würde nach allgemeiner Ansicht unvermeidlich dazu führen, daß die Weltwirtschaftskonferenz überhaupt zu keinem positiven Resultat gelangt.

Nach zweitägiger Debatte wurde die Diskussion abgeschlossen.

Dr. Schachts Bericht

In der Berliner Quartalsitzung des Generalrates der Reichsbank wird Reichsbankpräsident Dr. Schacht über das

bisherige Ergebnis der Londoner Besprechungen mit den deutschen Auslandsbankgebern, die sich insbesondere auf den Transfer beziehen.

Eine Entschädigung über die Raubentwertung der Transferquoten kann jedoch erst erfolgen, wenn die Besprechungen Dr. Schachts mit der Reichsregierung abgeschlossen sind, von deren Ergebnis diese Entschädigung abhängt.

Unge schminkte Wahrheiten

Nadolnys Warnungen vor Vertagung.

Genf, 30. Juni.

In der Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz hielt Reichsminister Nadolny eine Rede, in der er u. a. ausführte, er halte es für seine Pflicht, den deutschen Standpunkt in aller Offenheit darzulegen und gegen den Vertagungsorschlag Stellung zu nehmen.

Er stellte fest, daß der Vorschlag, in London Besprechungen herbeizuführen, nicht an der deutschen Regierung gelegen habe, die jeder Zeit zu Besprechungen zur Verfügung gestanden hätte.

Nun solle die Konferenz vertagt werden, bis die zweite Vertagung genügend vorbereitet ist. Jetzt solle der Präsidenten von Regierung zu Regierung reden und mit den einzelnen Kabinetten verhandeln.

Er zweifelte daran, daß diese Art der Verhandlungen in kurzer Zeit einen Erfolg bieten könne.

Es gäbe in dem britischen Entwurf eine ganze Reihe von noch offenen Fragen mehr technischer oder juristischer Natur die einer vollstän digen Entscheidung nicht bedürften. Aber auch die noch offenen Fragen mehr politischer Charakters könnten während der Vorbereitung der zweiten Vertagung eher hier durch Besprechungen von Delegation zu Delegation gefördert werden als durch Reisen von Kabinetten zu Kabinetten.

„Es wird den Böhern“, so sagte Nadolny, „die die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz mit Ungehörigkeit erwarten, klargestellt werden können, weshalb es einer solchen Vertagung bedarf, damit die Vertagungen sich über die Hauptfragen der Abrüstung, die seit 14 Jahren im Kreise 18 der Völkerverbundung vorgehen ist, die von vornherein die Aufgabe dieser Konferenz war und die hier seit einhundert Jahren behandelt wird, endlich schlüssig werden. Es wird der Welt noch weniger klargestellt werden können, warum während des Zeitraumes, den man sich für Verhandlungen über die politischen Fragen vornehmen will, die ebenso notwendige Bearbeitung und Regelung der übrigen Fragen liegen soll. Ich will gar nicht von den abgeleiteten Sachverhalten sprechen, die seit 14 Jahren auf die Einigung der Vertagung zur allgemeinen Abrüstung, auf die Wiederherstellung ihrer nationalen Sicherheit voran.“

Nicht nur von ihrer Seite fordern allenfalls werden man, davon bin ich überzeugt, gegen die Konferenz den Vorwurf erheben, daß eine derartige Vertagung der Anfang für einen Bericht auf die Durchführung ihrer Aufgaben ist, mit anderen Worten ein Begräbnis erster Klasse der Konferenz bedeutet.

Ich mache nachdrücklich auf die ernstlichen Folgen aufmerksam, die zu befürchten sind, wenn das Mißtrauen gegenüber dem Willen der Konferenz durch Zusammenarbeiten und Verdächtigungen zu einem Ergebnis zu gelangen, weiter um sich greift.

Die Konferenz ist jetzt in einem Stadium, in dem es nicht mehr möglich ist, mit ausweichender Taktik und Hinhalten weiterzukommen. Ihr Ende kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden.

Es wird nur dann ein gutes Ende sein, wenn die Staaten, auf die es ankommt, den ersten Willen haben, hier wirklich zu verhandeln, ihre Abrüstungsverpflichtung zu erfüllen und im Interesse des Weltfriedens einer Konvention entgegenkommen zu wollen, so wie dies Deutschland bereits getan hat.

Die Regierungen, die den Vorschlag des Büros gutgeheißen haben, müssen damit eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, die sie nicht ohne weiteres abwälzen können. Deutschland hat jedenfalls alles zur Möglichen getan, um die Konferenz zu ihrem Ziel zu bringen.

Aus allen vorgebrachten Gründen muß ich mich demnach gegen den Vorschlag des Büros auf Vertagung der Konferenz ausgesprochen.“

Die Ausführungen Nadolnys wurden von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit angehört. Zu Beginn der Sitzung hatte zudem der Vertagungsbeschluß des Büros erläutert und nochmals über den Mißerfolg seiner Verhandlungen in London berichtet. Die Gerichte, daß es sich bei dieser Vertagung um einen vollständigen Abbruch der Abrüstungskonferenz handele, seien unbegründet.

Vertagung bis 16. Oktober

Gegen die Stimme Deutschlands unter Stimmenthaltung Ungarns wurde beschlossen, die Arbeiten des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz bis zum 16. Oktober zu vertagen.

Berlins neuester Korruptions-Skandal

Millionenunterzahlungen bei der Wohnungsfürorgengesellschaft. — Der frühere SPD-Reichskanzler Bauer verhaftet.

Berlin, 30. Juni.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde in Berlin eine umfangreiche Aktion durch die Kriminalpolizei durchgeführt, die zur Verhaftung des zuerst verhafteten Polizeiführers der Wohnungsfürorgengesellschaft Magistratsrat Dr. Schallenger und des früheren SPD-Reichskanzlers Bauer sowie zur Beschlagnahme von Büchern bei über 30 gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und Zweigen führte. Die Aktion wurde wegen des dringenden Verdachtes der Veruntreuung von für Wohnungsbau bestimmte Hausinspizientenmittel durchgeführt.

Es besteht der dringende Verdacht, daß Schallenger entgegen den Interessen der Stadt zahlreiche Grundstücks-Gesellschaften zum Nachteil der Stadt absichtlich erheblich begünstigt und hierfür in sehr erheblichem Umfange Schmiergelder erhalten hat.

Der frühere SPD-Reichskanzler Bauer soll die Wohnungsfürorgengesellschaft durch Vorlage falscher Unterlagen gefälscht haben, um höhere Hausinspizientenposten zu erhalten.

Durch betrügerische Manipulationen soll es der Wohnungsfürorgengesellschaft gelungen sein, nicht nur Schulden in Höhe von 70 000 RM abzudecken sondern noch darüber hinaus Lieberhöfe von über 4 Millionen RM zu erzielen.

Der Schaden, der der öffentlichen Hand durch diese Korruptionsangelegenheiten entstanden ist, geht in die Millionen und läßt sich zurzeit noch nicht voll übersehen.

Sag' einer

25 Jahre, also ein Vierteljahrhundert, hielt mir Persil die Treue in unnachahmlicher Güte, Leistung und Billigkeit. Ich nehme Persil für Weiß-, Woll- und Seidenwäsche und für die hygienische Säuberung hundert Sachen im Haushalt. Da kommt für mich anderes einfach nicht in Frage!

was er will-
ich bleibe
bei
Persil



Persil bleibt Persil

| | | |
|-------------------------|----------|---------|
| Margarine | 1 Pfd. | 62 Pfg. |
| Fleischsalat | 1/4 Pfd. | 18 Pfg. |
| Heringssalat | 1/4 " | 18 " |
| Schneeladens i Öl | 1/4 " | 35 " |
| Schneeladens i Pfä-Dose | 55 " | |
| Neue Kartoffeln | 1 Pfd. | 9 " |
| Zwiebeln | 1 " | 13 " |

Tomaten — Bananen
Pflirsche — Kürbisen

| | | |
|----------------------------|----------|---------|
| la Schweizerkäse | 1/4 Pfd. | 35 Pfg. |
| Vollf. Tillfator | 1/4 " | 30 " |
| „Emmenthaler | 1/4 " | 30 " |
| Tillfator, Crem-, Soldiner | | |
| Camembert, Landkäse | | |

empfehlen **Richard Tempelhof**

Frische Fettbäcklinge

| | | |
|-----------------------|----------|---------|
| ff. Kronzardinien | 1/4 Pfd. | 14 Pfg. |
| Käuchelachs i. Del | 1/4 Pfd. | 35 Pfg. |
| Schnitzelachs, Dose | 45 Pfg. | |
| Matjesheringe, 4 Stk. | 30 Pfg. | |
| Neue Kartoffeln | 1 Pfd. | 10 Pfg. |

| | | |
|----------------|----------|---------|
| ff. Blaumenmus | 1/4 Pfd. | 30 Pfg. |
| ff. Rübensaft | 1/4 Pfd. | 28 Pfg. |

**Kaukthongig — Syrup
Wärmeladen**

Neue saure Gurken

| | | |
|------------------------|----------|---------|
| ff. Zistler-Käse | 1/4 Pfd. | 30 Pfg. |
| Landkäse — Streichtäse | | |

empfehlen **Karl Beyrer**

Legen Sie Wert auf Ihre Gesundheit,
so essen Sie

Obst und Gemüse,

welches laufend frisch und billig ist bei
Ww. Emma Heinicke, Tel. 356

Neue Wanderkarte

der Dübener Heide

mit amtlicher Wegemarkierung.
1:80000
Offizielle Wanderkarte des Vereins Dübener Heide.
Preis 60 Pfennig. — Erhältlich bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg

Ihre Garderobe
färbt
stopft
reinigt
fachgemäß zu den niedrigsten
Preisen.

Burger Färberei.
Annahmestelle: **Hedwig Müller,**
Seifenhaus, Burgstraße 20.

Verblichung der Stellen-Anzeigen im bekannten Familienblatt **Daheim**

werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spesenzuschlag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 80 Pf. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 60 Pf. bei Stellengesuchen. • Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Sämtliche

Dach-Arbeiten

führt preiswert aus
Richard Bähnschnitt
Dachdeckermeister
Gniest (Post Kemberg)

Empfehle prima frisches
**Rind-, Kalb-, Hammel-
u. Schweinefleisch**
H. Sülze
Kasseler Rippenpeer
div. Aufschnitt
Kaiserjagdwurst, Mortadella
Wiener Würstchen
Bockwurst und Breslauer
Heinrich Schneider

Prima
**Rind-, Kalb-, Hammel-
und Schweinefleisch**
Kasseler Rippenpeer
rohen, gefochten und gefüllten
Schinken
Pökelschinken
frische Bratwurst und Sülze
ff. Bockwurst
Wiener Würstchen
sowie sämtliche
Rauchfleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt **Ewald Ballmann**

Prima frisches
**Rind-, Kalb- u.
Schweinefleisch**
empfiehlt **Ernst Bachmann**
Morgen Sonnabend Verkauf von
prima Schweinefleisch
Pfd. 60 — 70 Pfg.
frische Wurst 0,60 Mk.
Bratwurst 1,00 Mk.
Herrn. Haumann, Weinbergstraße 21

Eine
hochtrag. Leinetab
steht zum Verkauf. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle D. 3.

Volkswohl-Lotterie
Ziehung vom 12. bis 17. Juli
Los 1, — Reichsmark

Zehlfte
Pferdemarkt-Lotterie
Ziehung am 22. August
Los 2,40 RM.

bei **Richard Arnold**

Ich bin 80 Jahre
alt und litt seit längerer Zeit an
Rheumatisismus, Appetit- u. Schlaf-
losigkeit. Nach Verbrauch von 4
Kästchen **Zinifer-Knoblauchsaft**
fühle ich mich wie neu geboren, assu
Karl Grosse, Bismarckgasse,
Wroßdorf.

Zinifer-Knoblauchsaft
mit appetitanregender, reinigender
und Darm, schließt gesunde Säfte
und leistet bei Kräfteverfallung,
zu hohem Blutdruck, Nieren-,
Darm-, Leber- und Gallenleiden, bei
Migräne, Hämorrhoiden, Rheuma-
tismus, Stoffwechsellstörungen und
vorzeitigen Alterserscheinungen
gute Dienste.

Kästchen Nr. 3, —
Berlinschloßstraße zur
Nr. 1, — In Apotheken u. Drogerien
zu haben, bestimmt
dort, wo eine Beförderung ausliegt. Verlangen Sie ausführliche Beschreibung von

Dr. Zinifer & Co. G.m.b.H.
Seifen- u. Tee- Leipzig Sch. 37
80000 Anerkennungen über Zinifer-
Saftmittel (notariell beglaubigt).

Krieger- u. Land- wehr-Berein

Morgen Sonnabend, den
1. Juli, abends 1/9 Uhr
im Vereinslokal „Doppelnblüte“

Bersammlung
Zahlreiches Erscheinen ermarret
Der Vorstand

Daufigung.
Magen- u. Darmchwäche
Seit 2 Jahren leide ich an Magen- und Darmchwäche. Ich wurde merkwürdig elend. Von
meinen Bekannten wurde mir Dr. Zinifer's Kräuter-Pulver empfohlen. Bin nun glück-
lich wieder auf dem Posten, kann jetzt wieder alles, auch schwere Sachen, essen. Sage
hiermit meinen allerhöchsten Dank und werde Dr. Zinifer's Kräuter-Pulver gern
weiterempfehlen. So schreibt Dr. Zinifer's Gg., Zeilau-Str. 99, am 20. 6. 1933

Hilbert's Indisches Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen
Kräutern. Absolut unschädlich. Es hat sich schon tausendfach bewährt bei:
Adernverkalkung, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden,
Leber- u. Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, Rheumat.
Kopf- und Rückenschmerzen, Bluthreihung, Hautausschlag,
Gicht, Rheuma, Stoffwechselerkrankungen. Schachtel 8, —
R.M., reicht 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pfg. Kl. Schachtel
1,50 M., reicht 7 Tage. Vorrätig in der Löwen-Apothek Kemberg.

Schützenhaus

Sonnabend und Sonntag abend halb 9 Uhr
Der lustigste aller Militärschwänke
Zwei gute Kameraden

Meine Herrschaften! Wollen Sie ihre Sorgen vergessen?
Wollen Sie erheitert werden, Tränen lachen und sich
aufs köstlichste amüsieren? Dann kommen Sie und sehen
sich diesen köstlichen urkomischen Militärfilm an.

Marsch, marsch in diesen Tonfilm.

Hierzu das glänzende Beiprogramm
Die „Ufa-Tonwoche“ zeigt unter anderem:
Unser Reichskanzler Adolf Hitler spricht in
der gewaltigen Kundgebung im Berliner Sportpalast zur
SA und SS.

Niemand darf dieses Programm versäumen
und jeder wird freudigen
Herzens unsern Führer Adolf Hitler hören wollen.
Bitte besuchen Sie uns recht zahlreich.

Hotel Palmbaum

Das deutsche Grenzquell.
„Echt Deutsch“ ist dieser edle Stoff
Dicht dort von Wöhmanns Grenze,
Deutsch denkt auch der es trinkt und hofft
daß Deutschland wieder glänze.
Deutsch wieder wird wie einst es war
Denkt gerne an die Zeiten,
Deutsch trägt ein jeder immerdar
Trinkt „Grenzquell“ schon bei Zeiten.
„Grenzquell“ es ist ein Göttertrunk
er gibt uns Lust und Freude
„Grenzquell“ macht uns das Leben jung
und unbekümmert auch heute
„Grenzquell“ es bleibt ein Elixer
verjüngt bald alle Sorgen,
„Grenzquell“ darum das loß ich mir
und trink es heut und morgen. u. u.

Berg-Brauerei S. Günnel, Wernesgrün i. B. (Brauerie seit 1436)
Anstich heute Freitag abend

Preuß. Klassen-Lotterie
Die Erneuerung der Lose zur 4.
Klasse, deren Ziehung am 12. und
13. Juli stattfindet, hat bis zum
Mittwoch, den 5. Juli zu erfolgen.

Richard Arnold

Gommlö
Sonntag, den 2. Juli, von abends
7 Uhr an
Tanzmusik
Es ladet freundlichst ein **Kluge**

Nus großer Zeit!

Von Deutschlands Ehr' und Wehr!

Darstellungen aus der ruhmvollen deutschen Geschichte, vor
allem aus den Befreiungskriegen 1813—15, ferner Lebens-
beschreibungen der hervorragendsten Heerführer und Generale,
Heldentaten von Offizieren und Mannschaften u. s. w.

Gebt der deutschen Jugend ihre Vorbilder wieder!

Alle unsere unvergesslichen Helden wie Scharnhorst, York,
Marschall Bismarck, Freiherr von Stein, Lützow, Theodor
Körner, Lurdeker Jahn, Heinrich von Kleist, Ernst Moritz
Arndt erstehen wieder vor unserm geistigen Auge. —
Die Titel der ersten Hefte lauten: Nr. 1 Scharnhorst,
Deutschlands Waffenschmied — Nr. 2 General York — Nr. 3
Marschall Bismarck — Nr. 4 Lützows wilde verwegene Jagd.
Jede Woche erscheint ein in sich abgeschlossenes Heft zum
Preis von 10 Pfennig. — — — — — Erhältlich bei

Richard Arnold, Buchhandlung
Kemberg — Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Die letzte Woche

Der Rücktritt des Reichsministers für Ernährung und für die Wirtschaft Dr. Hugenberg und die Auflösung seiner deutschnationalen Front zeigen blickartig

die verlorenen Position der ganzen alten Parteien, die denn auch die Lage endlich erfassend zur Selbstauflösung schritten, um so dem mehr peinlichen Zwange des gemäßigten Verbotes zu entgehen. Nur das Zentrum machte bisher eine Ausnahme. Die sechste Woche übernahm der Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die wiederholten Erklärungen ihres Führers, daß die Zeiten der alten Parteipolitik endgültig vorüber seien, haben die aus der Nacht verdrängte Zentrumspartei zermürbt kaum veranlaßt, pessimistische Betrachtungen über ihre eigene Zukunft anzustellen. Man dachte sich hier zumeist, im deutschen Volkseinstimmlich zu halten, und übertrug wohl auch den Glauben an die Unvergänglichkeit der katholischen Kirche auf die Bestandsicherheit ihrer parteipolitischen Betretung — wenn man so sagen darf — in der deutschen Politik. In der Vorstellung des politisierenden Katholiken spielte der „Zentrumspartei“ ebenfalls eine ähnliche Rolle wie der Fels Petri, man setzte und zehrte in der Politik wie in Gärten, von den gleichem ewigen Dasein. Man gefand sich jetzt nur ein, Fehler gemacht zu haben, vielleicht nicht genügend Einwirkungstreue gemessen zu sein, und zu beschränkte sich die Zentrumspartei schließlich nur auf das Ergebnis einer allgemeinen Forderung einer Reformation an Haupt und Gliedern. Man hoffte, mit einem Neuaufbau der Partei, etwa nach dem Vorbild der nationalsozialistischen Führerorganisation, und einer stärkeren Betonung der unmittelbaren Forderungen neue Zukunftsmöglichkeiten schaffen zu können, und tat dementsprechend auch ernsthafte erste Schritte. Es dürfte jedoch jeder Schritt zur Erhaltung der Partei als zu spät vergeblich sein. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches kommen Nachrichten von der Selbstauflösung von Stadtvorstandsfractionen des Zentrums. Auch in der Zentrumspresse zeichnet sich die Entlohnung bereits ab. So bringt die „Schlesische Volkszeitung“ das in Breslau im 65. Jahrgang erscheinende Blatt des Südwestens, eine Erklärung ihres Verlags, wonach künftig jede parteimäßige Bindung abgebrochen sein wird und das Blatt sich „aufrichtig ohne jeden Zersplitterungen zum neuen Reich und seinen Führer Adolf Hitler bekennen!“ Die Führer der Reichspartei stehen vor einer schweren Entscheidung, die allerdings nur einseitig sein kann, das zeigt das wenig erfreuliche Beispiel der Schwelgerpartei in Bayern. Ein Schwimmen gegen den Strom ist ihm- und daher zwecklos. Nur die Selbstauflösung rettet vor dem Verbot, nur die Nachfolge als deren, die in weiser Voraussicht der Schritt der Selbstauflösung gegangen sind, zeigt den Mut und die Erkenntnis, heute für den Staat und das Vaterland im großen Verbände mitzuwirken und zu wirken.

Der Beschluß, die Abrüstungskonferenz

auf den 16. Oktober zu versetzen, ist einmütig gegen die Stimme Deutschlands und bei Stimmhaltung Ungarns in der Präsidialtagung der Konferenz angenommen worden. Präsident Henderson hat gar nicht mehr verlußt, die Weiterarbeiten der Konferenz, eventuell nach einer kurzen Pause, zu verordnen, und so ist es dem deutschen Delegierten vorbestimmt geblieben, noch einmal, wenn auch ohne Aussicht auf praktische Wirkung, der Teilnahme an diesem Trauerpiel vor Augen zu stellen, was ihr Entschluß bedeutet. Dagegen hat die ernsthafte Zweifel daran geäußert, daß auf diesem Wege ein Erfolg der Konferenz zu erzielen sei, er hat noch einmal die Notwendigkeit beleuchteter Verhandlungen betont, wenn man überhaupt etwas erreichen wolle, und er hat das, was jetzt geschieht, als ein Begräbnis erster Klasse für die Abrüstungskonferenz treffend gekennzeichnet. Er hat sich aber nicht mit dieser Kritik begnügt, er hat in weiser Voraussicht den Schritt der Selbstauflösung vorgeschlagen, und hat die Abrüstungskonferenz erloschen lassen müssen und hat noch einmal den aufrichtigen Willen Deutschlands bezeugt, diesen Gefahren im Sinne der

deutschen Abrüstungsthese entgegenzuwirken. Die Erklärungen der übrigen Delegierten waren sehr plausibel, nur der Vertreter Frankreichs hielt es für nötig, auch in diese an sich schon unerfreuliche Stimmung noch einen höchst überflüssigen Ton der Schärfe hineinzufragen, und damit war dieser Genfer Wahnwitz beschlossen. Ob ihm überhaupt noch ein weiterer Erfolg wird?

Zur den Ablauf und das Ergebnis der Londoner Weltwirtschaftskonferenz

sieht sich mit Recht der englische Premierminister MacDonald persönlich in stärkstem Maße verantwortlich. Auch die englische Öffentlichkeit scheint ihm die Last dieser Verantwortung nicht, und es ist daher selbstverständlich, daß die mangelnde Besichtigung über den bisherigen Verlauf der Konferenz sich in unfreundlichen Beziehungen gegenüber MacDonald Luft macht. Man erörtert bereits die Frage, ob und wie er mit seinem Kabinett einen Erfolg der Konferenz, auch wenn er durch irgendeine nichtslagen Formulierung verschleierte würde, zu überleben vermöge. Man darf diese englischen Kommentare aber nicht überhören. Gewiß hat das Kabinett MacDonald seinen letzten Stand, aber seine Aussichten sind deshalb doch nicht ungemüht, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil man nicht weiß, was man an seine Stelle setzen soll. Der konservative Vorstoß, der unter Führung Churchills gerade eben wegen der indischen Verfassungsreform gegen Baldwin und damit gegen das Kabinett in Gang gebracht war, ist gescheitert, eine Sondertagung der Konservativen hat mit harter Mehrheit Baldwin das Vertrauen ausgesprochen, und von dieser Seite her droht also keine akute Gefahr. Die Stimmen, die patens für den Herbst eine englische Kabinettskrise voraussetzen, werden nach diesem Vorgang wohl etwas leiser werden.

Die Mandate der Nationalsozialisten

geben nach dem Beispiel Niederösterreichs nun auch die meisten anderen österreichischen Länder im Parlament und in den Gemeindevertretungen lauffert, nur in Tirol ist es noch nicht dazu gekommen, einmal, weil dort ein Ausschluß der Nationalsozialisten den Sozialdemokraten die Mehrheit verschaffen würde, und dann, weil ein starker Widerstand auch anderer bürgerlicher Kreise gegen die Vergehung der nationalsozialistischen Abgeordneten sich geltend macht. Man verliert aber, mit feindlichen Schritten der nationalsozialistischen Bewegung das Leben zu erschweren, und man sammelt gestillt Meldungen über alle möglichen mehr oder weniger harmlosen Dummheiten, wie die Staatsgefährlichkeit dieser Bewegung zu erweisen. Dieser Vorschlag ist ja nicht gerade von der absoluten Siegesgewißheit der Regierung Döblich, die sich je länger, je mehr in eine unumgängliche Situation hineinmanövriert.

Die Saargebietung hat verboten, daß am Tag von Versailles Halbtag gefeiert werde.

Sie hat damit nicht verhindern können, daß gerade die deutsche Bevölkerung des Saargebietes dieses Tages mit besonderer Trauer gedachte und daß sie ihn zum Anlaß nahm, sich ihrer Treue zum Reich mit vermehrter Eifer und entschlossener Schikanen, so durch die Kündigung französischer Hypotheken, das Saarvolk zu drangsalieren, ist ein höchst unzulässiges Mittel. Das Jahr 1935 wird unter all diese Schikanen und Mißhandlungen den Schlusstrich ziehen.

Der Weg zur Totalität

Der Einheitsstempel in Schlesien.

Der ehemalige Kandidat in Strehlen (Schlesien) Weese und der ehemalige Kandidat Gätig aus Suhl sind hier in politische Schußhaft genommen und im Breslauer Konzentrationslager untergebracht worden. Beide waren führende Mitglieder der SPD.

Weiter teilt die Volksprezessstelle mit, daß bei der Breslauer Staatsprezessstelle in letzter Zeit Anzeigen gegen jüdische Verbindungen eingingen, die der Zentrumspartei nahesteht oder kannten.

Die Vorrechte erstreckten sich besonders darauf, daß ein-

jelne Mitglieder der Korporationen ihren jüngeren Aktiven die von diesen selbst gewünschte Beteiligung an nationalen Verbänden zum mindesten erschweren. Die Staatsprezessstelle hat unter Hinzuziehung von jüdischen Mitgliedern der SA die Berechtigung dieser Vorwürfe nachprüfen lassen. Die Ergebnisse der getroffenen Maßnahmen liegen noch nicht abgeklappt.

Sticht aus der Zentrumspartei

Die Stadtverordneten Dr. Burgbacher und Richter in Köln haben ihren Austritt aus der Zentrumspartei erklärt; sie sind der nationalsozialistischen Rathausfraktion als Hospitanten beigetreten.

In der Siegburger Stadtverordnetenversammlung gab der Fraktionsführer des Zentrums bekannt, daß die gesamte 13 Mitglieder starke Zentrumspartei beibehalten habe, der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP, als Hospitant beigetreten.

Die Zentrumspartei der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat nunmehr ihre Auflösung beschlossen. Die einzelnen Stadtverordneten werden ihre Aufnahme als Hospitanten in die nationalsozialistische Stadtverordnetenfraktion nachsuchen.

Katholische Vereinsvermögen beschlagnahmt.

Auf Anordnung der Regierung wurden in zahlreichen Ortsteilen der Pölz die Vereinsvermögen der katholischen Vereine durch Polizei- oder Gendarmerie-Beamte beschlagnahmt.

In Ludwigshafen wurden die Vermögen der Vereine sämtlicher acht Pfarren, ferner die Vermögen der Vereine in Landau, Deggersheim und Rheinbörsen beschlagnahmt.

Verzinsung Emster Bierschöcker in Preußen verboten.

Durch eine Verfügung des geheimen Staatspolizeiamtes ist die Verzinsung Emster Bierschöcker einschließlich ihrer Nebenorganisationen für ganz Preußen verboten worden.

Selbstauflösung des Deutschen Anwaltsvereins „Mit Hindenburg für Volk und Reich“

Der Deutsche Ausschuss „Mit Hindenburg für Volk und Reich“ löst sich in Erkenntnis der endgültigen Überwindung des Parteienstaates auf. Er dankt seinen bisherigen Angehörigen für ihren opferwilligen Einsatz. Dem Volschlänger Adolf Hitler und seiner nationalen Regierung versichern wir treue Gefolgschaft und vorbehaltlose Mitarbeit an großen Erneuerungswerken.

Aus der NSDAP ausgeschlossen

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit, haben die ehemaligen Parteigenossen Hauptmann a. D. Corbemann, Hauptmann a. D. von Marwig, Hauptmann a. D. Wolf und Hauptmann a. D. Jücker, sämtlich in Berlin, durch telegraphische und telefonische Einwirkung über Gauleiter Handelskammer, Wirtschaftsunternehmungen usw.

verurteilt, dem Führer die Freiheit notwendiger Entschlüsse zu rauben. Sie sind auf Anordnung des Führers sofort ihrer Ämter entbunden und aus der Partei ausgeschlossen worden.

Auf Befehl des Reichsanstalters wurden sie in Haft genommen und in ein Konzentrationslager eingekerkert.

Der neue Leiter des Kirchenbundes

Verfügt zur Behebung der Notstände in Kirche und Volk. Der Bevollmächtigte des Reichsanstalters für die Angelegenheiten der Evangelischen Kirchen, Reichspräsident Ludwig Müller, hat folgende Verfügung erlassen:

1. Die deutschen evangelischen Kirchen sind in einem Notstand geraten. Die unbedingt nötige Einleit von Volk und Kirche ist in Gefahr.

Im Gefahr Notstand erfordern außerordentliche Maßnahmen. Im Einklang mit dem Herrn Staatsminister für die Evangelischen Landeskirchen Preußen übernehme ich daher um der Kirche und des Evangeliums willen als Bevollmächtigter des

„Reiber nicht“, entgegnete Edgar kühl und zuckte die Achseln. Fräulein Bels hat mich gar nicht geliebt. Ich hatte mich etwas veripädet, obgleich ich in gewisser Höhe vorwärts eilte, meine Schwester kam mit aber bereits in der Ecke, denn meine Schwester ist inlände zu reisen, daß ich amiden halb zwölf Uhr mich auf dem Wege vom Duzentstück zum Marfeld aufgehoben habe und nicht von ihrer Seite gewichen bin.“

„Können Sie das beschwören, mein Fräulein?“ wandte ich der Beante an Leonie Wittmann.

„Allerdings, mein Herr!“ entgegnete diese liegesgewiß. „Es tut mir leid, Sie einmengen enttäuschen zu müssen“, verbeugte sich Walter leicht. „Erstens ist dadurch noch immer nicht bewiesen, wie der Gnad und der Revolver, die beide unzeitweilig Eigentum Herrn Edgar Wittmanns sind, in das Bankrott gekommen sein könnten. Und zweitens dürfte Ihnen vielleicht bekannt sein, daß das Gericht auf das Zeugnis eines Mitsverwandten des Angeklagten im allgemeinen wenig Wert zu legen pflegt. Sie werden überhaupt nicht zum Schwur zugelassen werden mein Fräulein!“ Und Sie, Herr Wittmann, müssen sich nach einem anderen Zeugen umsehen!“

Ein Augenblick herrschte Grabesstille nach diesen inhaltsschweren Worten des erfahrenen Beamten.

„Einen anderen Zeugen gibt es nicht“, unterbrach Edgars Stimme dann nach das schreckliche Schmeigen.

„Aber ich habe doch —“

Ein gebietender Wink Richters ließ Leonie sich verstummen.

„Der Zeuge hat, wie gesagt, gar keinen Wert, mein Fräulein!“ betonte der Beamte noch einmal. „Ja, es könnte wohl einen solchen erlangen, wenn nicht äußerst gravierende Schuldbeweise gegen Herrn Edgar Wittmann vorlägen. Aber so — er zuckte bedauernd die Achseln.

„Ja kann nur behaupten, daß ich unzufällig bin!“ rief Edgar fast trotzig hervor. „Ja — meinen guten Vater — lächerlich!“

(Fortsetzung folgt)

Die Stimmen der Vergangenheit.

Original-Kriminal-Roman von Hans Walter Schmidt.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, Sie leugnen?“ sagte jener bebend. „Können Sie mir dann vielleicht sagen, wie dieser Revolver hier in das Wohnzimmer gekommen ist?“

Der Kommissar hielt die kleine stielhe Waffe triumphierend in die Höhe. Edgar Wittmann erblickte und schwieg.

„Es ist eine sechs-schüssige Waffe“, fuhr der Polizeibeamte in freiem Tone unerbittlich fort. „Fünf Kammerlader gefüllt; die sechste ist leer, und ein feiner Pulverüberzug in dieser Kammer, sowie im Laufe sagt mir, daß aus diesen Revolver die tödliche Kugel abgefeuert worden ist.“

„Nun denn, wenn Sie nicht wissen wollen, wie die Kammerlader der Waffe zu den Fingern des Getöteten zu erklären ist, werden Sie es wohl nicht leugnen können, daß Sie in derselben Ihre Eigentum vor sich sehen!“

Ein Schrei des Entsetzens klang aus Leonies Mund. Edgar aber schwieg noch immer.

„Ich habe“, führte der Kommissar die Schärfe seines Beweises weiter aus, „Herrn Frel mit dieser Waffe ebenfalls nach der Wille am Marfeld geschied, um das Dienstpersonal mit derselben bekannt zu machen und auszurufen. Man erriete auf den ersten Blick den Revolver als Eigentum Herrn Edgar Wittmanns, der Jäger und Schütze ist. Auch hätte das betreffende Stück in seinem Waffenschrank.“

„Das haben Sie auf diese Erklärung hin zu antworten, Herr Edgar Wittmann?“

„Miß!“ entgegnete der so schwer Beschuldigte tonlos. „Gut!“ fuhr der Beamte schnell fort, „wenn das Verhören des Strohens auch auf alle mögliche Weise zu erklären wäre, so wird doch die Waffe, aus welcher der Schuß gekommen ist, in hundert Fällen neunundneunzigmal der Mörder selbst mitgebracht haben.“ Der Kopf dieser Behauptung werden Sie sich wohl nicht entziehen können, Herr Edgar Wittmann.“

„Mag sie der Mörder mitgenommen haben oder nicht, ich habe sie keineswegs hiehergebracht“, entgegnete jener leicht mit einer Pause. „Denn ich war, wie ich bereits aus-

sagt habe, seit gestern abend um 6 Uhr überhaupt mit keinem Fuß mehr im Kontor.“

„Nun gut“, nickte Richter ihm auffallend zu, „so beweisen Sie mir, wo Sie zu der fraglichen Zeit des Mordes zwischen elf und zwölf Uhr gewesen sind?“

„Bringen Sie Ihr Alibi her, dann will ich alles, was ich behauptet habe, wieder zurücknehmen.“

Auf den schädeligen Stock mit der silbernen Krone, in welcher die Initialen E. W. eingraviert waren, geküßt, erwartete der Kommissar die Antwort des so schwer Beschuldigten.

Ein Anzug der Gelehrigkeit hob seinen Kopf. Auch Leonie setzte sich mit einem besiedigten Lächeln wieder auf ihren Platz.

„Mein Alibi kann ich, Gott sei Dank nachweisen, Herr Kommissar“, erwiderte Edgar Wittmann dem Beamten. „Ich verließ gestern Abend allerdings gegen dreizehntel elf unsere Villa am Marfeld.“

„Das stimmt“, nickte Richter. „Der Vortier der Villa hat ausgesagt, daß Sie um die angegebene Zeit in auffallender Hast das Haus verließen.“

Ein bewundernder Blick traf den Sprecher. Wie Achtung, die Polizei macht rasche und glatte Arbeit, das mußte man sagen.

„Ich besch nicht“, fuhr der junge Mann hierauf in seiner Verteidigungsbereitschaft fort, „von zirkante aus flüchtigen Fußes nach dem Duzentstück. Hier wohnte ein Freundin meiner Schwester, bei der Leonie an dem fraglichen Abend zu Tee mit noch anderen jungen Mädchen eingeladen gewesen war. Ich holte sie von dort ab. Wir gingen zu Fuß bis nach Hause zum Marfeld und jedermann wird es mir glauben, wenn ich behauptet, wir kamen erst gegen halb eins in der Villa an.“

„Von Duzentstück zum Marfeld ist allerdings ein weiter Weg“, nickte der Kommissar. „Sich gratulieren Ihnen, Herr Wittmann. Da wird noch die Freundin Ihrer Schwester, Emma Bels“, er propp, wie heißt die Dame eigentlich?“

„Emma Bels!“ entgegnete Leonie schnell. „Dank!“ — Da wird Fräulein Bels die Tatsache wohl bezeugen können, daß sie gegen halb zwölf Uhr bei ihr eingetroffen sind.“

Herrn Reichsanwalters die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes.

3. In Übernahme insbesondere den Vorfall im Kirchenbundesrat, die Befähigung des Kirchenrates, des Kirchenauschusses und seiner Interessensgruppe.

Mit Gottvertrauen und dem Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und unserem Volke geht ich ans Werk, jehermal der Wahrheit des reinen und lauterer Evangeliums Jesu Christi.

In Verfolg der vorstehenden Verfügung hat der Bevollmächtigte des Reichsanwalters mit sofortiger Wirkung den Bundesdirektor des Kirchenbundesamtes, Dr. Heilmann, beurlaubt. Mit der weiteren Durchführung der Verfügung zur Übernahme der Geschäfte des Kirchenbundesamtes, hat Wehrkreispfarrer Müller Herrn Admiral Meusel beauftragt.

Kirchenbefugung am 2. Juli

Aus Anlaß des großen Werkes der Neuordnung der Kirche das loben eingeleitet worden ist, ordnet der evangelische Oberkirchenrat an:

Am Sonntag, den 2. Juli 1933, sind sämtliche Kirchen, Pfarr- und Gemeindegelände und die Verwaltungsgebäude im Bezirk der evangelischen Kirche und der altpreussischen Union außer mit der Kirchenkasse mit der Schwarz-Weißrot und der Sakramentskreuze zu beflaggen. Der Gottesdienst an diesem Tage ist in Dank und Fürbitte festlich zu begehen.

Neue Kirchenvertretungen

Berlin, 29. Juni.

Der Staatskommissar für die Evangelische Kirche in Preußen hat für die unterzählige Neubildung der aufgelösten gewählten kirchlichen Vertretungen folgendes ordnet:

Die kirchlichen Vertretungen werden wieder hergestellt durch Ernennung von Mitgliedern. Die Ernennung erfolgt durch meine Bevollmächtigte. Der Bevollmächtigte legt Vorschlagslisten zugrunde, die ihm von den durch ihn bestimmten Stellen eingereicht werden.

Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen in Preußen sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt; neue Bevollmächtigte sind beauftragt, zur Durchführung der Neubildung Ausführungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Gleichschaltung

Der ständige Aufbau der Juristenfront.

München, 30. Juni.

Der Reichsleiter der Rechtsabteilung der NSDAP, Dr. Franz, erläßt eine Bekanntmachung, in der darauf hingewiesen wird, daß die einzig zulässige Stelle für die Gesamtkräfte des Aufbaues der ständigen Organisation der deutschen Juristen, ohne Rücksicht auf die bisherige Partei- und Vereinszugehörigkeit, ausschließlich die Rechtsabteilung - Rechtsabteilung der NSDAP, ist, welche die mit der ständigen Organisation zusammenhängenden Fragen und Dienstgeschäfte der Reichsjuristen des Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes überträgt hat.

Alle parteiunabhängigen Anordnungen über den ständigen Aufbau für die Juristenfront werden ausschließlich vom Reichsleiter in keinem Einvernehmen mit dem Führer erlassen.

Bevölkerung und Rasse

Rede des Reichsinnenministers Dr. Frick.

Auf der ersten Sitzung des Sachverständigenbetrats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik in Berlin hielt der Reichsinnenminister eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Deutschland ist das Land, das sowohl während des Krieges wie nach dem Krieg den bedrohlichsten Ausfall an Geburten zu verzeichnen gehabt hat.

Während wir um die Jahrhundertwende noch etwa 2 Millionen Geburten im Jahre hatten, sind es heute nur noch rund 900.000.

Doch es ist nicht nur die Zahl, die so bedenklichen Anlaß gibt, sondern in gleichem Maße die Güte und Beschaffenheit unserer deutschen Bevölkerung.

Bei der überaus starken Belastung unseres Volkes mit Steuern, Sozialabgaben und Zinsen dürfen wir uns der

Die Stimmen der Bergarbeiter

Original-Kriminalroman von Hans Walter Schmidt. (Nachdruck verboten.)

„Ich fasse zusammen“, erörte in diesem Augenblick schon wieder die helle Stimme des Kommissars. „Der Mord ist zwischen elf und zwölf Uhr geschehen. Der Portier der Villa am Maxfeld sagt aus, Herr Edgar Wittmann habe in einiger Zeit gegen dreizehntel elf das Haus verlassen. Um halb zwölf kam er demnach ganz bequem das Bankhaus erreicht haben, nachdem um vierzehn Uhr bereits der Regen eingesetzt hatte. Durch kann man wohl annehmen, daß er kurz vor seinem Ziele nervös und aufgereggt gewesen ist, und es daher leicht übersehen hat, daß er sehr und in einen aufgeweiteten Saufen gelben Sandes trat. Er hatte auch als Sohn und Mitarbeiter eines der Chefs die Schlüssel zu den Bantotalitäten in seinem Besitz. Diese legten ihn in den Saufen, unbemerkt und ohne Geräusch zu verurteilen, in die Räumlichkeiten einzutreten. Es ist auch nicht zu ungläubig, daß der Portier den Sohn erwartete, die Herr Edgar Wittmann, betreten also zu der Zeit des Mordes das Kontor des Chefs der Firma Wittmann und Bertold, Bankhaus. Später verließen Sie es dann in einiger Zeit, nachdem Sie Ihren Stuhl im Zimmer der Tat hatten stehen und den Revolver zu den Füßen des Opfers liegen lassen. In der Villa am Maxfeld war gegen halb eins der Portier schon zu Zeit gegangen und hat daher Ihre Kommen nicht mehr bemerken können. Dies ist der Sachverhalt, den man leicht aus den aufgefundenen Beweismitteln sich zusammenreimen kann, und da müssen Sie doch selber sagen, daß die Affäre für Sie - recht leicht ist. Sie werden es mit daher nicht verzeihen, wenn ich...“

„Wahrscheinlich ist in Zivil erschienen - Sie im Namen des Gelehes verhafte.“

„Recht, nein - nicht, es ist nicht wahr!“ rief Leontine mit schiller Stimme, indem sie händeringend auf den Kommissar eindrang. „Es ist ein furchtbarer Irrtum. Er ist unschuldig, er war bei mir, ich kann, ich werde es bewähren bei allem, was mir heilig ist!“

Erkenntnis nicht verschließen, daß der Staat an einen Umbau der gesamten Gesetzgebung und eine Verknüpfung der Kräfte für die Widerwertigen und Sozialen heranzugehen haben wird.

Wenn heute noch Millionen von Männern, oft gerade funderliche Mütter neben ihren häuslichen Pflichten im Arbeitsprozeß stehen, nur weil sie den Ernährungsbedarf vergrößern müssen, während unterbezahlte männliche Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, so ist es höchste Zeit, daß wir an die Lösung dieses Problems mit Energie herangehen und durch Familienlastenausgleich Wandel schaffen.

Die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen sind auf ihre familienfeindliche Wirksamkeit hin nachzuprüfen und eine familienfreundliche Gesetzgebung ist in Angriff zu nehmen.

Es muß ermöglicht werden, für Einkommensteuerpflichtige durch stärker gestaffelten Steuernachlaß in Prozenten der Steuer einen höherrangigen Ausgleich zu schaffen. Ebenso müßte die Befreiung der Beamten nach dem Familienstand und der Kinderzahl noch wirksamer abgeleitet werden. Es müßte etwa ausgegangen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von drei bis vier Kindern benötigt, um es je nach der Kinderzahl nach unten und oben zu staffeln.

Während die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand wie alle Unternehmungskreise durch einen wirksamen Steueranlaß erreicht werden könnten, gibt es bei Angestellten und Lohnempfängern an die Möglichkeit, den Ausgleich durch Ausgleichslohn zu schaffen, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen oder je nach der Höhe der Kinderzahl einen Ausgleich zu erhalten könnten.

Eine Erklärung Dr. Leys

Die konfessionellen Arbeiter- und Gelehrtenvereine in der Deutschen Arbeitsfront.

Berlin, 30. Juni.

Im Preussischen Staatsrat fanden unter Vorsitz des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, Verhandlungen mit den Vertretern der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen und Gelehrtenvereine statt, die mit der Eingliederung dieser Verbände in die Deutsche Arbeitsfront endeten.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, erließ anläßlich der Einordnung der konfessionellen Verbände in die Deutsche Arbeitsfront eine Erklärung, in der er unterstreicht, daß die Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront, den schaffenden Völkern zum Gemeinwohlgedanken zu erziehen und ihm das weltanschauliche Fundament für seinen Lebens- und Eustienstempel zu geben, in keiner Weise zu den Gedanken und den Arbeiten der Kirche in Widerspruch steht.

Im Gegenteil, wenn der nationalsozialistische Staat und die Kirche ihre Aufgaben richtig erfüllen und ihr Gebiet klar abgrenzen, so wird aus ihnen heraus eine ungeheure Kraft für unser Volk kommen und ein Segen für die Welt. Diese Gedanken werden auch die Grundlage für die Beziehungen zwischen dem Vertreter der katholischen und evangelischen Arbeiter- und Gelehrtenvereine.

Zur Überlieferung der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sowie der katholischen und evangelischen Gelehrtenvereine in die Deutsche Arbeitsfront werden zwei Kommissionen gebildet.

Wenn diese Arbeiten beendet sind, würde damit der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront seinen Abschluß gefunden haben und damit die Vorbereitungen für den nächsten Tag der ersten Versammlungen in den nächsten Tagen erlassen werden.

Göring mahnt zur Sparsamkeit

Berlin, 30. Juni.

Der preussische Ministerpräsident Göring hat an alle Behörden der preussischen Staatsverwaltung einen Rundschreiben erlassen, in dem er darauf hinweist, daß der von der Staatsregierung zu Beginn des Rechnungsjahres beschlossene Staatshaushaltplan für 1933 in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen ist. Dieses Ergebnis dürfe auch im Laufe des Rechnungsjahres keine Änderung erfahren. Die Aufrechterhaltung genauer Finanzen sei die Grundlage jeder geordneten Staatsverwaltung. Es müsse daher das Bestreben aller Behörden des preussischen Staates sein, durch äußerste Sparsamkeit an allen Geleiten zur Sicherstellung dieses Ziel beizutragen.

Wahrscheinlich jedoch die Anwesenheit der jungen Dame gefestigt zu überlegen, und gab nur seinen Bemerkungen einen stummen Beifall, worauf diese an der Türe Aufstellung nahm.

„Bitte, Herr Edgar Wittmann,“ sagte der Beamte höflich, „ich möchte, Sie werden uns keine Unannehmlichkeiten bereiten und sich wiederholt zeigen. Schützen Sie sich in das Innenministerium mit Würde; das ist das Beste, was Sie tun können. Sind Sie wirklich unschuldig, so wird sich dies sehr bald herausstellen. Wir ersuchen aber - werden Sie wohl einsehen, daß ich angesichts des erdrückenden Beweismaterials nicht anders handeln konnte. - Meine werten Herrschaften, ich empfehle mich Ihnen. Sie werden bald Näheres von mir hören.“

Er verbeugte sich leicht und schritt Edgar Wittmann nach der Türe, als er eine lebhaftige Frau, zwischen den beiden Polizisten in Zivil hinausdrückte. Auf der Schwelle wendete er sich noch einmal um und warf einen totkrampfenden Blick auf Leontine zurück, die weinend auf einem Stuhl saß.

Dann fiel hinter den sich Entfernenden die Türe, leise schließend, ins Schloß.

Einige Minuten später entführte das Polizeiauto Edgar Wittmann, als Würde voranzurückte, dem taunten Kreise seiner Lieben entziffen ins Untersuchungsgefängnis.

Die Voruntersuchung gegen Edgar Wittmann war mit Eifer aufgenommen worden. Mit bewundernswürdiger Geschwindigkeit hatte gleich im Anfang Kommissar Badtner, einer der fähigsten Polizeibeamten, verschiedene wichtige Funde am Tatort gemacht, welche ihn dazu berechtigten, nein, verpflichtet, den dadurch so schwer Verdächtigen festzunehmen. Und die fortwährende Zeit reichte mit unheimlicher Geschwindigkeit ein Ziel an das andere in der Seite für die Bemerkung der Schuld des eines Arbes-Beichteten. Anfangs, aber stetig zog sich das feste, feinnadelige Netz juristischen Könnens um Edgar Wittmanns Person, sodas es selbst dem größten Spektierer einleuchten mußte, daß der Verhaftete nun nicht mehr die schwere Last der Beweisführung widerlegen könne.

Angesichts dieser ganz erdrückenden Fülle greuzender Materials waren die wiederholten Beteuerungen Leontines, der Bruder habe sich zur Zeit des Mordes in ihrer Gesellschaft befunden, sehr wenig machend. Die Richter, welche die

Zum Organisationsgesetz für das Handwerk.

Vizepräsident Zeleny vom Reichstand des Deutschen Handwerks teilt, wie das W.B.-Büro meldet, der Öffentlichkeit mit, daß das Organisationsgesetz über den Neuaufbau der Deutschen Handwerkerorganisationen, dessen Entwurf von Generaldirektor Dr. Weisberg fertiggestellt wurde, zur Zeit Gegenstand eingehender Beratungen mit verschiedenen Führern der NSDAP ist. Die Beratungen nehmen einen erfreulichen Verlauf, und es ist damit zu rechnen, daß in kurzer Zeit die Richtlinien zur berufsjährlichen Neuordnung, die sich den nationalsozialistischen Ideen und Grundgedanken voll und ganz anpassen, bekanntgegeben werden.

Steuerkalender für Juli

Die Abgaben im Reich.

1. Die Befreiung der Hausgehilfen vom der Abgabe zur Arbeitslohnhilfe tritt in Kraft.
 5. 7. Abführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn und der Abgabe zur Arbeitslohnhilfe für die Zeit vom 16. bis 30. Juni 1933. (Keine Schonfrist.)
 - Die im Juni einbehaltenen Bürgersteuer ist abzuführen, soweit das nicht bereits am 20. Juni zu erfolgen hatte (Keine Schonfrist.)
 10. 7. Zahlung der Voranmeldungsteuer für den Monat Juli 1933. (Keine Schonfrist.)
 10. 7. Umsatzsteueranmeldung und Umsatzsteueranzahlung der Monatszahl für den Monat Juni 1933 und der Vierteljahreszahl für das 2. Vierteljahr 1933 (Schonfrist bis 17. Juni.)
 - Die Bürgersteuer ist einzubehalten entsprechend dem Bemerk auf der vierten Seite der Steuerkarte.
 20. 7. Abführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn und der Abgabe zur Arbeitslohnhilfe für die Zeit vom 1. bis 15. Juli 1933. (Keine Schonfrist.)
 - Die in der ersten Juliabgabe einbehaltenen Bürgersteuer ist an die Betriebsgemeinden abzuführen, falls der Betrag 200 RM übersteigt. (Keine Schonfrist.)
 24. 7. Die vom Arbeitslohn einbehaltenen Bürgersteuer ist bei Wohnverhältnissen im Juli und bei der nachfolgenden Wohnzahlung einzubehalten.
- Die Abgaben in Preußen.
10. 7. Zahlung der Pferde-, Hunde- und Motorbootssteuer. Anmeldung und Zahlung der Bier- und Getränkesteuer. (Keine Schonfrist.)
 15. 7. Zahlung der Grundvermögenssteuer nebst Zuschüssen und der Haussteuer für den Monat Juli 1933. Anmeldung und Zahlung der Lohnsteuer für den Juni. (Keine Schonfrist.)

Warenmarkt.

Mittagsbörse (amtlich). Getreide und Decksamen per 1000 Kilogramm, je nach 100 Kilogramm in RM ab Station. Weizen märz. 187-188 (28. 6. 188-190), Roggen märz. 182-184 (28. 6. 184-186), Braugerste - (1). Industrie- und Futtermittel 150-166 (150-166), Hafer märz. 187-188 (187-188), Weizenmehl 22,75 bis 27 (22,75-27), Roggenmehl 20,75-22,90 (20,75-22,90), Weizenmehl 9,50-10,70 (9,50-10,70), Roggenmehl 9,50 (9,50-10), Weizenmehl 24-29,50 (24-29,50), Feinses Getreide 20-22 (20-22), Futtermittel 13,50-15 (13,50-15), Pellets 13-15,50 (13-15,50), Ackerbohnen 13,50-15,50 (13-15,50), Weizen 13-15 (13,50-15,50), Lupinen blane 11-12,25 (11,50-12,75), do. gelbe 14,50-15,75 (14,50-15,75), Sojabohnen neue (1). Getreide 14,50 (15), Erdnüsse 15,10-15,30 (15), Erdnüsse 15,40 (15,40-15,40), Trockenfisch 8,50 (8,50), Sojabohnendrot 12,80-13,90 (12,70-14), Kartoffelmehl 13,10-13,30 (13,10 bis 13,30).

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 29. Juni.

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

| Rasse | heute | vorher | Rasse | heute | vorher |
|--------|-------|-------------|----------|-------|-------------|
| Ochsen | 1 | 32-35 | Kälber | 2 | 34-38,87-89 |
| | 2 | 29-31 | | 3 | 32-35,83-36 |
| | 3 | 25-28 | | 4 | 28-31,29-32 |
| | 4 | — | | 5 | 30-27,25-28 |
| | 5 | — | | 6 | — |
| Bullen | 1 | 30-31 | Stiere | 2 | — |
| | 2 | 25-27-29 | | 3 | 25-28,26-30 |
| | 3 | 23-25-24-26 | | 4 | 24-26 |
| | 4 | 21-23 | | 5 | 20-23 |
| | 5 | 20-30 | | 6 | — |
| Kühe | 1 | 24-26-28-27 | Schweine | 1 | 34-35,33-34 |
| | 2 | 21-23-25 | | 2 | 35-34,34-35 |
| | 3 | 21-23-25 | | 3 | 33-34,32-34 |
| | 4 | 15-21 | | 4 | 31-34,30-32 |
| | 5 | — | | 5 | — |
| Färden | 1 | 30-34 | | 6 | — |
| | 2 | 25-29 | | 7 | 28-33 |

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wochentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Sandorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestriche 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte geschriebene oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 76

Sonnabend, den 1. Juli 1933

35. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung am Freitag, dem 30. Juni, 21 Uhr, im Rathause.

- Tagesordnung:
1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung.
 2. Uebernahme eines Kostenanteils zur Klärung der Landstraße Kemberg-Bergwitz durch den Kreis
- Sträßenreinerer haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einzahlungskarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einzahlungskarten sind ungültig.
- Kemberg, den 29. Juni 1933.

99) Der Stadtverordnetenvorsteher. Damann.

Anmeldung zur Giftbeschaffung für die Rattenvertilgung.

Grundbesitzer mit Ratten behafteter Gehöfte wollen sich bis Mittwoch, den 5. Juli 1933, zwecks gemeinsamer Giftbeschaffung auf dem Volksbüro melden. Die Abgabe erfolgt zu den Selbstkosten; das Auslegen durch die Besitzer selbst nach vorheriger Unterweisung.

Kemberg, den 30. Juni 1933.

100) Der Magistrat

Waldbrandgefahr.

Zum Schutze unserer Wälder wird darauf hingewiesen, daß das Rauchen, Fortwerfen, unvorsichtige Handhaben oder Fallenlassen von brennbaren Gegenständen innerhalb der Wälder verboten und mit schweren Strafen bedroht ist.

Kemberg, den 30. Juni 1933

101) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Darlehen zur Arbeitsbeschaffung.

Die fähigsten Körperchaften haben beschlossen, an Kemberger Bürger aus fähigsten Mitteln kurzfristige Darlehen in Höhe von 30.— bis 400.— RM zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung (Instandsetzung von Altmwohnungen, Dach-, Schönheitsreparaturen, Ersatzbauten von Wirtschaftsgesellschaften usw.) auszugeben.

Bedingung ist: Angemessene Sicherheit, Beschäftigung von nur ortsanfänglichen Handwerkern (keine Schwarzarbeiter).

An Zinsen werden 3% berechnet, die Rückzahlung der Darlehen hat in Raten bis spätestens 1. April 1935 zu erfolgen.

Anträge auf Bewilligung von Darlehen sind bis Sonnabend, den 8. Juli 1933, einzureichen.

Kemberg, den 30. Juni 1933.

102) Der Magistrat.

Ein Aufruf Adolf Hitlers NSDAP und Stahlhelm

Reichszugführer Adolf Hitler hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Nationalsozialistischer SA- und SS-Männer, Jungstahlhelm!

Ein seit vierzehn Jahren unentwegt verfolgtes Ziel ist nunmehr erreicht. Mit der Unterstellung des Jungstahlhelms unter meinen Befehl als obersten SA-Führer sowie der Eingliederung des Bundes „Scharnhorst“ in die Hitlerjugend, ist die Einigung der politischen Kampfbewegung der deutschen Nation vollzogen und beendet. SA, SS, SJ, und HJ werden nunmehr für alle Zukunft die einzigen Organisationen sein, die der nationalsozialistische Staat als Träger der politischen Jugend- und Männererziehung kennt.

Es war verständlich, wenn in den Jahren nach der Revolution an den verschiedensten Stellen unseres deutschen Vaterlandes der Widerstand gegen die Novemberverträge und ihr unheilvolles Regiment verlor wurde.

Unabhängig voneinander, ohne sich gegenseitig überhaupt zu kennen, fanden Männer auf und organisierten Parteien und Verbände zum Kampfe gegen den marxistischen Staat.

Sie alle haben ohne Zweifel das Beste gewollt. Allein, wenn Deutschland geehrt werden sollte, dann konnte das nur durch eine Bewegung geschehen, und nicht durch 30. Die Zukunft unseres Volkes hängt nicht davon ab, wie viele Verbände für diese Zukunft eintreten, sondern davon, ob es gelingt, das Wollen der Vielen einen einzigen Willen unterzuordnen und damit in einer Bewegung schlagkräftig zusammenzufassen.

Zahlreiche beste Deutsche haben diese Aufgabe nicht verstanden und viele andere wollten sie nicht begreifen. Heute ist der Sinn, und damit die Notwendigkeit dieses ungeheuren Kampfes für jeden klar. Der unser Volk liebt und an seine Zukunft glaubt.

So mußten wir in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Verbände einfach aus diesen Erwägungen heraus zerlegen. Und so werden wir auch das Entstehen jedes neuen Verbandes, der wieder nur die alte Zersplitterung fortsetzen würde, verhindern. Die Unabänderlichkeit dieses Entschlusses legt uns aber die Pflicht auf, gerecht zu sein. Wir wollen daher als Deutsche und Nationalsozialisten ehrlich den Unterschied erkennen, der zwischen anderen Verbänden und dem Stahlhelm bestand. Wir wollen anerkennen, daß sich in diesem als dem Bund der deutschen Frontkämpfer Bundeskämpfer deutscher Männer zusammenfanden, die damit dem System entzogen wurden. In der Stunde der Wende des deutschen Schicksals aber bekannte sich der erste Bundesführer zur nationalsozialistischen Revolution. Nunmehr hat dieser auch die letzte Konsequenz aus der geschichtlichen Entwicklung gezogen und verließ, daß, abgesehen vom Traditionsverband der alten Frontkämpfer der gesamte junge Stahlhelm in die SA, der Schanzensituation in die Hitlerjugend eingegliedert und mit unterstellt werden.

Meine SA-Führer und SA-Kameraden!

Dieser Entschluß wird einst in der deutschen Geschichte als sehr lehrreicher Beweis für ein wirklich großes nationales Denken gewertet werden. Was sonst vielleicht nach jahrelangen Zerrennen oder langen Kämpfen, die wiederum deutsche Kraft verbrauchten, gelungen wäre, ist durch die einschneidende Tat eines Mannes, der seit dem 30. Januar in treuer Verbundenheit neben mir im Kabinett fight entschieden worden.

Der weitere Befehl, daß der verbleibende Traditionsverband der alten Frontkämpfer künftig keine andere Parteizugehörigkeit anerkennen würde als die zur nationalsozialistischen Bewegung, gibt mir endlich die Möglichkeit, das Verbot der Mitgliedschaft unerrereits aufzuheben.

Der Führer dankt dann in dem Aufruf seinen alten Kameraden der Partei der SA und SS, für die großen politischen Taten, die sie ihm in guten und schlimmen Tagen so viele Jahre hindurch gehalten haben. Ihrer Standhaftigkeit sei diese große Ermächtigung mit in erster Linie zuzuschreiben. Ferner dankt Hitler nunmehr auch denen, die aus freiem Willen den sicher nicht leichten Entschluß des Verzichtes auf ihre hohe Selbständigkeit im Interesse der höheren Gemeinwohl ausgeprochen haben. Er begrüßt damit zum erstenmal die in den Reihen der SA und SS mitarbeitenden Kameraden des Jungstahlhelms und bekennt sich zu den fähigsten SA- und SS-Männern, die in die Gemeinwohl eingetretenen Männer des Stahlhelms als Kameraden aufzunehmen und damit einzuschließen in den einzigen Bund, der uns umfasse und niemals gebrochen werden sollte.

Er erwartet, so schließt der Führer, von jedem Nationalsozialisten, daß er die Größe dieser historischen Entwicklung erkenne und durch sein eigenes Verhalten mit helfe, die Neu-



Es sollte auch kein Arbeiter, der heute oder morgen seine nächste Lohnzahlung erhält, unterlassen, seinen Arbeitgeber zu bitten, von der Lohnzahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit für ihn an das Finanzamt weiterzuleiten.

Alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, die nicht in

einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, sondern Unternehmer, Angehörige eines freien Berufes oder Rentner sind, überweisen, soweit es noch nicht geschehen ist, einen Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit morgen oder übermorgen auf das Konto des Finanzamtes.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution erwartet, daß alle Deutschen Männer und Frauen den Begriff der Volksgemeinschaft erfassen. Wer sich zur Deutschen Volksgemeinschaft bekennt, der muß bereit sein, von seinem Einkommen freiwillig einen Betrag zur Förderung der nationalen Arbeit zu spenden. Die Spende wird verwendet zur Beschaffung von Arbeit für solche Volksgenossen, die bereits seit Jahren ohne Arbeit und ohne Einkommen sind. Ein Mindestbetrag ist nicht vorgeschrieben. Auch der kleinste Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, bildet einen Teil der Hilfe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit der sozialen Elends.

Volksgenossen und Volksgenossinnen, spendet, spendet alle, spendet sofort!

Das Ergebnis von Neudeck

Jugenburgs Rücktrittsgesuch genehmigt. — Generaldirektor Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister, Walter Darré zum Reichsernährungsminister ernannt.

Neudeck, 30. Juni.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichszugführers dem Reichswirtschaftsminister für Ernährung und Wirtschaft Dr. Jugenburg die erbetene Entlassung aus seinen Ämtern erteilt und den Generaldirektor der Allianz-Versicherungs-Gesellschaft Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister und das Mitglied des Reichstags Dr. Walter Darré zum Reichsernährungsminister ernannt.

Der Herr Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Baag, einwilligen in den Ruhestand versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium das Mitglied des Reichstages Diplomingenieur Gottfried Feder ernannt.

Reichszugführer Adolf Hitler wurde bei seiner Ankunft in Neudeck von dem Herrn Reichspräsidenten vor dem Portal des Hauses Neudeck herzlich begrüßt. Anschließend folgte eine etwa zweistündige Besprechung des Reichspräsidenten und des Reichszugführers über die gesamte politische Lage. Der Reichszugführer bleibt als Gast des Reichspräsidenten in Neudeck.

Gleichzeitig preussische Minister

Zu der Ernennung der neuen Reichsminister verläuft noch von amtlicher preussischer Seite, daß der Reichsernährungsminister Dr. Walter Darré auch zum preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt auch zum preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit ernannt werden wird.

Es verläuft noch weiter, daß der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Noth-Demmin, vorläufig im Amte bleiben wird.

Mitarbeit der Presse

Kanzlerrede vor den Zeitungsverlegern. Berlin, 29. Juni.

Die erste Sitzung des neu gewählten Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erhielt besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Reichszugführers.

Reichszugführer Hitler führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß wir uns mitten im Stadium der Bereinigung der Verhältnisse befinden, die den früheren Zustand der Verwirrung und Berührung geschaffen haben. Da er glaubt, daß auf die Dauer die Presse nicht existieren könne, wenn nicht ganz klar eine Entscheidung über die Richtung bevorzuzugreife, die nun endgültig als Sieger in Deutschland anzuhängen sei und die deutsche Zukunft bestimmen werde, begrüßt er es, daß die deutsche Verlegerchaft sich von sich aus bereits mit diesen Tatsachen abgefunden habe und geneigt sei, auf diesen Boden zu treten.

Es schneller dieser Uebergangszustand beseitigt werde, um so schneller und sicherer werde die deutsche Wirtschaft mit dem notwendigen Zeitungsgewerbe wieder in Ordnung kommen.

Es sei nicht beabsichtigt etwa nur Staatszeitungen in Deutschland herauszubringen, was seinen sonstigen wirtschaftlichen Auffassungen widersprechen würde, aber man müsse selbstverständlich jedem einzelnen die Pflicht auferlegen, daß er im Sinne der großen weltanschaulichen Linie mitarbeitete.

Es sei selbstverständlich, daß auf die Dauer gehen, die Zeitungen als wirtschaftliche Unternehmen genau so eine gesunde wirtschaftliche Grundlage brauchen wie jedes andere Unternehmen auch, daß aber eine gesunde Wirtschaft nur dann entstehen könne, wenn endlich die politischen Streitigkeiten und die Zeitungserleger, die sie selbst bereit seien, diese Entscheidung anzuerkennen. Sie mehr sich das ganze Deutschland hinter diese Entscheidung stelle, um so schneller werde das